

## **Beschlußempfehlung und Bericht** **des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Christa Luft, Klaus-Jürgen Warnick,  
Dr. Gregor Gysi, weiterer Abgeordneter und der Gruppe der PDS**  
**– Drucksache 13/7827 –**

**Verantwortung des Bundes für den Erhalt des Palastes der Republik sowie für die  
Gestaltung des Bereiches „Mitte Spreeinsel“ in der Bundeshauptstadt Berlin**

### **A. Problem**

Der Antrag sieht vor, die Bundesregierung aufzufordern, ihre Verantwortung bei der Gestaltung der „Mitte Spreeinsel“ in der Bundeshauptstadt Berlin unter folgenden Prämissen wahrzunehmen:

1. Der Palast der Republik ist als städtisches kulturell-kommunikatives Zentrum zu erhalten und nach einer behutsamen, bestandsorientierten Asbestsanierung kurzfristig – auch abschnittsweise – wieder in Betrieb zu nehmen. Den denkmalpflegerischen Belangen ist Rechnung zu tragen.
2. Der Auslobungsort für ein Interessenbekundungsverfahren, wie er vom Gemeinsamen Ausschuß von Bundesregierung und Berliner Senat auf der 11. Sitzung am 28. Mai 1997 beschlossen wurde, ist zurückzuziehen.
3. Das Land Berlin wird gebeten, für den Bereich zwischen Fernsehturm und Schinkelplatz einen Gestaltungswettbewerb auszuloben. Die Bundesregierung wird aufgefordert, das Verfahren auf angemessene Weise zu unterstützen. Entscheidendes Anliegen soll sein, mit der Neugestaltung des Zentrumsbandes vom Schinkelplatz bis zum Fernsehturm unter Einbeziehung des Palastes der Republik die öffentlichen Funktionen dieser Bereiche zu stärken und eine städtebauliche Verknüpfung der unterschiedlich geprägten Teilgebiete zu erreichen. Nutzungs- und Gestaltungsanforderungen sowie Trägerschaftsmodelle sollen parallel dazu in einem Bürgergutachten konkretisiert werden.
4. Mit diesem Wettbewerb soll u. a. für den Ort „Mitte Spreeinsel“ geprüft werden, ob und in welchem Umfang die Baugestalt und die Fassaden des Berliner Schlosses wieder in Erscheinung

treten sollten. Geprüft werden soll in diesem Zusammenhang die Einbeziehung des Palastes der Republik in einen Neubau auf dem Platz davor als ein „Haus der Begegnungen“ der Menschen Berlins und Deutschlands und ihrer Freunde aus Europa und aller Welt. Es darf kein Zweifel daran bestehen, daß dieses Gebäude – wenn auch in Formen möglicher Public-private-Partnership – führend vom Bund und von der Stadt Berlin finanziert, gebaut und genutzt wird.

5. Nutzungskonzeptionen und Finanzierungsvorschläge für die Wiederherstellung, den Betrieb und die eventuelle bauliche Erweiterung des Palastes der Republik als kulturell-kommunikatives Zentrum sind gemeinsam mit dem Land Berlin zu erarbeiten und mit den Parlamenten abzustimmen. Außerdem sollen Kriterien für die Einbeziehung privater Nutzungen wie Gastronomie und Veranstaltungsmanagement aufgestellt werden, um den öffentlichen Charakter des Ortes nicht zu beeinträchtigen.
6. Die Verwendung der Gelder und die Organisation des Betriebes sollen einem gemeinnützigen Träger (z. B. einer öffentlich-rechtlichen Stiftung), in dem Berlin und der Bund, aber auch andere Institutionen und Personen wirken, übertragen werden. Die Einwerbung von zusätzlichen Spendengeldern (z. B. auch mittels Anteilscheinen) aus der Bevölkerung und der Wirtschaft für diesen zentralen Ort der neuen Republik soll erwogen und ermöglicht werden.

#### **B. Lösung**

Ablehnung des Antrags.

#### **Große Mehrheit im Ausschuß**

#### **C. Alternativen**

Annahme des Antrags der Abgeordneten Dr. Christa Luft, Klaus-Jürgen Warnick, Dr. Gregor Gysi, Hanns-Peter Hartmann, Manfred Müller (Berlin) und der Gruppe der PDS auf Drucksache 13/7827.

#### **D. Kosten**

Keine

## **Beschlußempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag – Drucksache 13/7827 – abzulehnen.

Bonn, den 30. Oktober 1997

## **Der Haushaltsausschuß**

**Helmut Wieczorek (Duisburg)**  
Vorsitzender

**Dieter Pützhofen**  
Berichterstatter

**Jürgen Koppelin**  
Berichterstatter

**Dr. Rolf Niese**  
Berichterstatter

**Oswald Metzger**  
Berichterstatter

**Bericht der Abgeordneten Dieter Pützhoften, Jürgen Koppelin, Dr. Rolf Niese und Oswald Metzger****I.**

Der Antrag der Abgeordneten Dr. Christa Luft, Klaus-Jürgen Warnick, Dr. Gregor Gysi, weiterer Abgeordneter und der Gruppe der PDS auf Drucksache 13/7827 wurde in der 184. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 26. Juni 1997 dem Haushaltsausschuß federführend sowie dem Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau und dem Ältestenrat mitberatend überwiesen.

**II.**

Der Ältestenrat hat in seiner 66. Sitzung am 9. Oktober 1997 die Vorlage beraten und folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Ältestenrat sieht keine eigene Zuständigkeit für die in den Anträgen – Drucksachen 13/7827 und 13/8043 – behandelten Themen und sieht daher von einer inhaltlichen Stellungnahme gegenüber dem federführenden Haushaltsausschuß ab.

Dieser Beschluß ist mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen diejenigen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS gefaßt worden.“

Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau hat in seiner 62. Sitzung am 8. Oktober 1997 die Vorlage beraten und mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimme der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD sowie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

**III.**

Der Haushaltsausschuß hat in seiner 85. Sitzung am 30. Oktober 1997 den Antrag beraten und mehrheitlich beschlossen, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag der Abgeordneten Dr. Christa Luft, Klaus-Jürgen Warnick, Dr. Gregor Gysi, Hanns-Peter Hartmann, Manfred Müller (Berlin) und der Gruppe der PDS auf Drucksache 13/7827 abzulehnen.

Bonn, den 30. Oktober 1997

**Dieter Pützhoften**  
Berichterstatter

**Jürgen Koppelin**  
Berichterstatter

**Dr. Rolf Niese**  
Berichterstatter

**Oswald Metzger**  
Berichterstatter